

Pressemitteilung

26. Januar 2016

Werkverträge und Zeitarbeit

Offener Brief an die Bundesregierung: Unternehmer sehen Arbeitsplätze in Gefahr

Berlin – Die geplanten Gesetzesänderungen bei Werkverträgen und Zeitarbeit bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und gefährden Arbeitsplätze. Um Schaden vom deutschen Arbeitsmarkt abzuwenden, haben 90 Unternehmerinnen und Unternehmer einen offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) geschrieben. Darin appellieren Sie für den Erhalt der Arbeitsplätze, die durch Werkverträge und Zeitarbeit geschaffen und gesichert werden. Die derzeit diskutierten Gesetzesänderungen sind aus Sicht der Arbeitgeber überflüssig und schädlich. Würde das Gesetz so beschlossen, würde es gute Arbeitsplätze zerstören. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, Missbrauch zu bekämpfen, wird von den Unterzeichnern dabei ausdrücklich unterstützt. Dazu seien aber weder Eingriffe in die unternehmerische Freiheit noch in bestehende Tarifverträge nötig.

Die 90 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind Eigentümer, Geschäftsführer und Vorstände mittelständischer Unternehmen aus ganz Deutschland. Der offene Brief erschien heute in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und der Süddeutschen Zeitung (SZ).

Der vollständige offene Brief und eine Liste der Unterzeichner sowie weitere Informationen zu Zeitarbeit und Werkverträgen finden Sie unter www.insm.de.

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennem, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de